

**Peter Longrich**

# **Außer Kontrolle**

**Deutschland 1923**



MOLDEN

**Peter Longerich**

**Außer  
Kontrolle**

**Deutschland 1923**

MOLDEN



	<b>Prolog</b>	6
<b>1</b>	<b>Der Vorraum der Krise: Besetzung des Ruhrgebiets</b> Die Staatsspitze: Ebert und Cuno ■ Der Industriemagnat: Hugo Stinnes ■ »Resistenz auf der ganzen Linie« ■ Propagandakampf	13
<b>2</b>	<b>»Aktiver Widerstand« und Mobilisierung der extremen Rechten</b> »Aktiver Widerstand« und Rechtsextremismus ■ Verschärfung der Lage an der Ruhr ■ »Ruhrkampf«: Die Reichswehr und die rechten Verbände	49
<b>3</b>	<b>Kampf um die Kohle, Radikalisierung in den Ländern</b> Vorstoß auf internationaler Ebene ■ Aufschwung des Rechtsextremismus in Bayern ■ Widerstand von Links in Sachsen und Thüringen ■ Gewaltspirale an Rhein und Ruhr	67
<b>4</b>	<b>Vor dem Scheitern</b> Die »Cuno-Streiks« und das Ende der Regierung ■ »Ruhrkampf«: eine Zwischenbilanz	95
<b>5</b>	<b>Das Verhängnis der Inflation</b> Auswirkungen der Geldentwertung ■ Die Not der geistigen Arbeiter ■ Schieber und Raffkes ■ »Der makabre Jux der Inflation« ■ »Zahlenwahnsinn«: Psychische und physische Folgen ■ Flucht in »verkappte Religionen« ■ Völkische Agitatoren	107
<b>6</b>	<b>Zuspitzung: Auf dem Weg in die Diktatur</b> Krisenherde in Sachsen und Bayern ■ Taktieren am Abgrund ■ Geheime Aufrüstung und Umsturzpläne ■ Ruf nach einem »Militärkanzler« ■ Ausnahmestand in Bayern ■ Buchruckers Putsch ■ Erschütterung der Großen Koalition ■ Ringen um ein Direktorium ■ Alleingänge an der Ruhr ■ Ein neuer starker Mann ■ Erste Schritte zur Währungsstabilisierung ■ Widerstand in Sachsen, Aufmarsch in Bayern	155
<b>7</b>	<b>Eskalation: Vor dem Bürgerkrieg</b> Aufstand in Hamburg ■ Es brennt an Rhein und Ruhr ■ Seeckts Direktoriumspläne ■ Reichsexekution gegen Sachsen ■ Bruch der Koalition, Seeckt greift zur Feder ■ Bayern rüstet gegen Berlin ■ Direktorium oder offene Diktatur	219
<b>8</b>	<b>Entladung: Der Münchner Putsch</b> 8. November 1923: Letzte Manöver ■ Der Hitler-Ludendorff-Putsch	249
	<b>Fazit: Die Krise des Jahres 1923 und ihre Folgen</b>	261
	<b>Anmerkungen</b>	274
	<b>Bibliografie</b>	308
	<b>Namensregister</b>	316
	<b>Bildnachweis, Abkürzungen</b>	319

# Prolog

1923 geriet die junge und ohnehin instabile Weimarer Republik in eine schwere Krise. Die Auseinandersetzungen um die Reparationen führten zur französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes und zum passiven Widerstand, der zum »Ruhrkampf« eskalierte. Als dieser Ende September 1923 wegen der Zerrüttung der deutschen Staatsfinanzen und angesichts einer allgemeinen Verelendung und Erschöpfung abgebrochen werden musste, befand sich Deutschland in einer Krise von nationaler Tragweite:

Die Inflation war zur Hyperinflation geworden und die Wirtschaft drohte zu kollabieren. Extreme linke und extreme rechte Kräfte bereiteten die gewaltsame Machtübernahme vor, während die rechtskonservativen Eliten das Parlament ausschalten und ein diktatorisches »Direktorium« einrichten wollten. Die Arbeitgeber versuchten mit aller Macht, die letzte der Arbeiterbewegung noch verbliebene Errungenschaft der Novemberrevolution, den Achtstundenarbeitstag, wieder abzuschaffen. Separatisten betrieben die Abtrennung des Rheinlands vom Reich. Das Reich trug gleichzeitig tiefgreifende Verfassungskonflikte mit Bayern, Sachsen und Thüringen aus. Es zeichnete sich ein militärischer Konflikt mit Frankreich ab. Als Ergebnis dieser komplizierten Konfliktlagen drohte die Demokratie zu zerbrechen und die Republik auseinanderzufallen bzw. im Bürgerkrieg zu versinken. Dass der Weimarer Staat diese Krise überhaupt überstand, ist bemerkenswert und erklärungsbedürftig.

Die Geschichtswissenschaft hat sich bereits ausführlich mit den verschiedenen Aspekten dieser Krise beschäftigt: In der Inflationsforschung der Achtzigerjahre<sup>1</sup> ging es primär um die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Analyse der Inflation und ihrer langfristigen Folgen für die deutsche Gesellschaft, während – davon relativ unabhängig und überwiegend kleinteilig – die politische Ereignisgeschichte des Jahres 1923 an ihren jeweiligen Brennpunkten aufgearbeitet wurde: »Ruhrkampf«,<sup>2</sup> die Konflikte um die Linksregierungen in Sachsen und Thüringen,<sup>3</sup> Hamburger Aufstand,<sup>4</sup> separatistische Bewegung im Rheinland,<sup>5</sup> »Buchrucker-Putsch« und »Schwarze Reichswehr«<sup>6</sup> sowie vor allem die Entwicklung in Bayern mit dem spektakulären Hitler-Ludendorff-Putsch.<sup>7</sup> In diesem Buch wird die Struktur- und Ereignisgeschichte zusammengeführt, um auf diese Weise die Krise des Jahres 1923 in ihrem Gesamtverlauf darzustellen und zu analysieren.

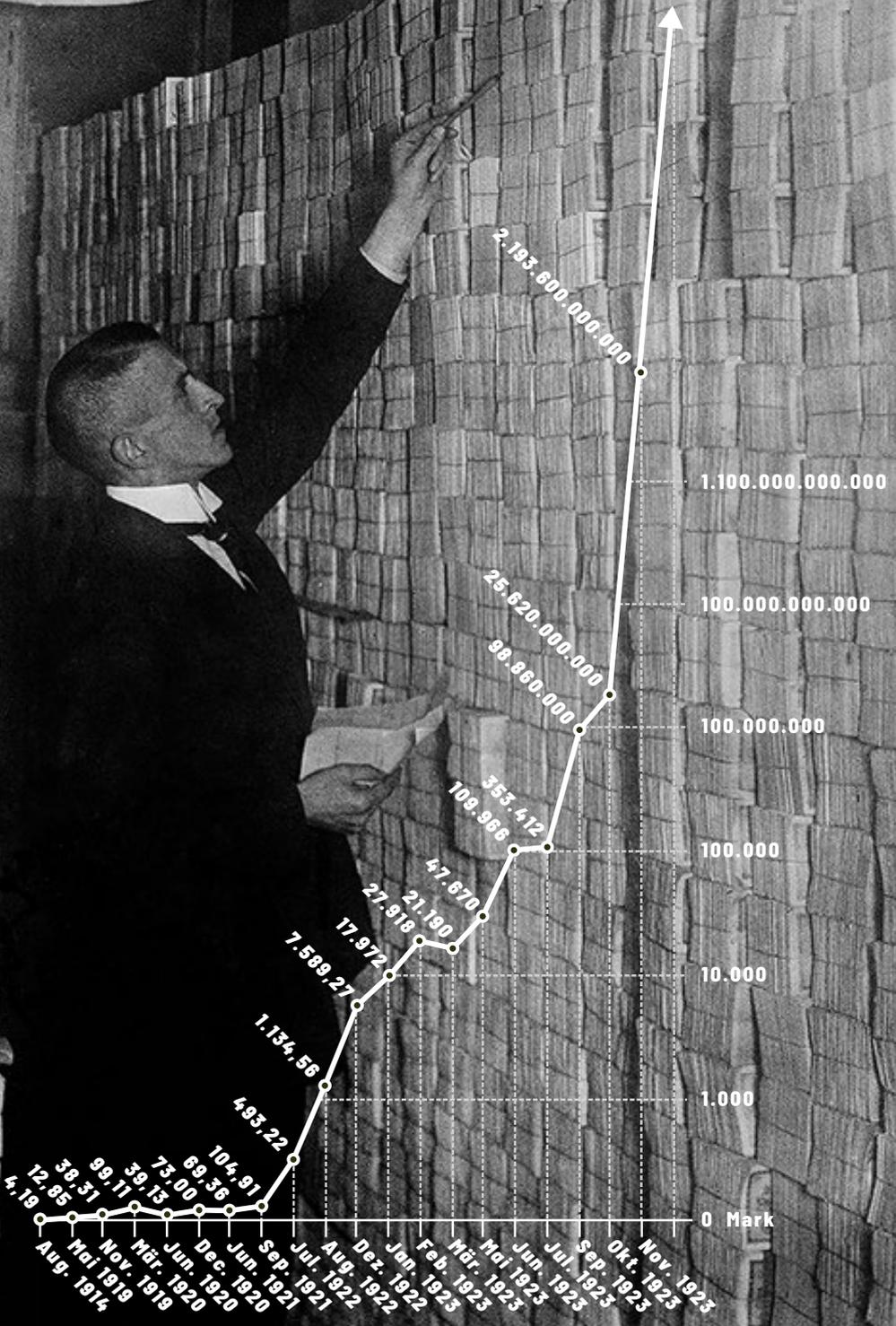
Die Anwendung des Krisenbegriffs auf die Weimarer Republik ist ubiquitär:<sup>8</sup> So werden häufig die Jahre 1919 bis 1923 als Nachkriegskrise<sup>9</sup> verstanden oder die Zeit seit Ende der Zwanzigerjahre als eine einzige große Krise dargestellt, die zum Ende der Republik führte;<sup>10</sup> der Krisenbegriff wird aber auch auf die gesamte Geschichte der Weimarer Republik bezogen.<sup>11</sup> Ja, in ihrer Krisenhaftigkeit erscheint die Weimarer Republik als Kernstück einer bereits Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Krise der »klassischen Moderne«<sup>12</sup> oder als eine den Zeitraum von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung umfassende »Modernitätskrise«. Diese Perspektive lässt sich auch erweitern, indem man die gesamte Moderne seit Ende des 18. Jahrhunderts als krisenbehaftet, als eine Zeit des beschleunigten Wandels und Übergangs begreift, eine Ära also, in der sich Erwartungen an die Zukunft zunehmend von den verfügbaren Erfahrungen lösen, der Blick in die Zukunft offen und unsicher erscheint.<sup>13</sup> Krise wird damit zum Dauerzustand und alles ist krisenhaft: Der Kapitalismus, die Religion, der Nationalstaat usw. Krise dient also häufig – nicht nur in der Weimarforschung – »als quasi magischer Begriff, der überall dort zum Einsatz gebracht wird, wo man mit dem Erklären sonst nicht weiterkommt«.<sup>14</sup>

Je weiter aber der Krisenbegriff gefasst wird, desto geringer ist seine analytische Kraft, er wird eher zu einer Beschreibung eines zwar als unbefriedigend empfundenen Zustands, in dem man sich durchaus einrichten kann; doch er verliert seine Dynamik und Spannung.

Im bewussten Gegensatz zu der ausufernden Verwendung des Begriffs soll »Krise« hier nun in einem sehr engen Sinne verstanden werden, nämlich als ein Prozess: Krisen wären demnach, im Anschluss an eine klassische Definition von Rudolf Vierhaus, »Prozesse, die durch Störungen des vorherigen Funktionierens politisch-sozialer Systeme entstehen und dadurch gekennzeichnet sind, daß die systemspezifischen Steuerungskapazitäten nicht mehr ausreichen, sie zu überwinden, bzw., nicht mehr zur Anwendung gebracht werden«. Diese allgemeine Definition lässt sich mithilfe einer Reihe von Kriterien (die teilweise auch schon von Vierhaus genannt wurden), weiter eingengen und zuspitzen:

- Krisen sind eher Erschütterungen denn Dauerzustände, sie umfassen den kritischen Zeitraum, in dem die Störungen eines Systems so gravierend werden, dass Entscheidungen über die Fortexistenz des Systems selbst zu treffen sind.

20. November 1923  
4.200.000.000.000 Mark = 1 US-Dollar



# DAS VERHÄNGNIS DER INFLATION

Das Fortschreiten der Inflation im Deutschen Reich lässt sich sehr gut am Umtauschwert der Mark gegenüber dem US-Dollar ablesen. Mit Blick auf den Kursverlauf lassen sich Phasen beschleunigter Entwertung der Mark zwischen April 1919 und Februar 1920, sodann zwischen Juli 1920 und Dezember 1920 und schließlich seit Juli 1921 aufzeigen. Dazwischen gab es Zeiträume, in denen die Inflation zu verharren schien, was Illusionen über eine Wiedergewinnung von Stabilität weckte. Im August 1922 stieg der Preis für den Dollar um mehr als das Doppelte auf 1.134,56 Mark; von nun an kann man von einer Hyperinflation sprechen, bei der es während des nächsten Jahres mehrfach zu einer Verdoppelung des Dollarpreises innerhalb nur eines Monats kam. Ab Sommer 1923 erreichte die Inflation ein derartiges Tempo, dass jedwede Übersicht und Kalkulationsmöglichkeit verloren gehen musste. Im November, unmittelbar bevor mit der »Rentenmark« eine neue Währung eingeführt wurde, waren es dann 4,2 Billionen Mark für einen Dollar.

Wie ist diese katastrophale Entwicklung zu erklären?<sup>420</sup> Die Anfänge der Geldentwertung sind auf die deutsche Kriegsfinanzierung zurückzuführen, die im Wesentlichen durch Krieganleihen und eine Vermehrung des Geldumlaufs durch entsprechende Lockerung der Deckungsvorschriften erfolgte. Durch die Schaffung einer umfassenden Zwangswirtschaft wurde die Preisentwicklung während des Krieges unter Kontrolle gehalten.

Hinzu kam nach 1918 eine Steigerungswelle bei Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen, durch die die Unzufriedenheit der Massen eingedämmt, die demobilisierten Soldaten beschäftigt und somit ein erneutes Aufflammen revolutionärer Unruhen verhindert werden sollte. Die Geldentwertung half dem Export und führte maßgeblich dazu, dass Deutschland 1920/21 durch eine Phase der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung ging, während die Umstellung auf die Friedenswirtschaft bei den Siegermächten von einer krisenhafteren Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen

begleitet war. Ohne Zweifel gelang es der jungen Weimarer Republik durch ein Weiterlaufenlassen der Geldentwertung zunächst relativ gut, den notwendigen Umbau der Wirtschaft zu bewältigen – oder besser gesagt, die Krise zu verschieben (und dabei, was ganz wesentlich ist, die staatlichen Schulden zu liquidieren). Denn eine Stabilisierung der Währung wäre verbunden gewesen mit einem Neuaushandeln von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Löhnen und Arbeitsbedingungen und hätte tiefgreifende sozialpolitische Konflikte nach sich gezogen.

Ein dritter Faktor, der die Inflation vorantrieb, waren die an die Alliierten zu zahlenden Reparationen. Sie machten zwischen 1919 und 1922 jährlich zwischen 17,6 und 69 Prozent der Reichsausgaben aus, etwa zehn Prozent des Volkseinkommens. Da sie für die folgenden Jahre wegen der noch immer nicht verbindlich festgelegten Höhe und Zahlungsmodalitäten des gesamten Reparationspakets unkalkulierbar waren, konnte Deutschland praktisch keine langfristigen Auslandsanleihen aufnehmen. Zusätzlich wurde die Geldentwertung in den Nachkriegsjahren durch kurzfristig wirkende binnenwirtschaftliche Faktoren vorangetrieben.

Schien die Inflation zunächst noch als ein Übergangsphänomen mit volkswirtschaftlich positiven Wirkungen, lief die »Inflationskonjunktur« 1922 aus und mit dem Übergang zur Hyperinflation im Herbst 1922 wurden die negativen Folgen massiv spürbar. Schließlich erreichte die Geldentwertung im Sommer 1923, am Ende der Regierung Cuno, ihr letztes, katastrophales Stadium: Preise wurden mehrfach am Tag festgesetzt, Lohngehälter wurden waschkörbeweise von den Banken abgeholt und mussten wegen des rapiden Preisverfalls sofort, für was auch immer, ausgegeben werden. Die Austauschbeziehungen gerieten ins Wanken, die Arbeitslosigkeit stieg, Waren wurden zurückgehalten, es kam zu Lebensmittelengpässen, begleitet von panikartigen Unruhen und Tumulten, denn am Horizont zeichnete sich eine Hungerkatastrophe ab. Nun, angesichts des wirtschaftlichen Kollapses, ließen sich auch die Reste der inflationären Illusion nicht mehr aufrechterhalten und die Neuordnung der Währungsverhältnisse mit den unvermeidlichen gravierenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen stand bevor.

Zu dieser sich im Sommer 1923 offenbarenden katastrophalen Situation kamen die langfristigen, strukturellen Konsequenzen der fast ein Jahrzehnt lang voranschreitenden Geldentwertung in ihren kumulativen, aber für die Zeitgenossen erst allmählich sichtbaren Auswirkungen. Sie

waren weit mehr als »nur« ökonomischer Natur, sondern hatten tiefgreifende mentale wie sozialpsychologische Folgen, trieben die Spaltung der Gesellschaft weiter voran und erschütterten letztlich die Grundlagen des Zusammenlebens.

Beides, die strukturellen Effekte der Inflation und die dramatische Entwicklung seit Sommer 1923, bilden den Hintergrund für die Krise des Herbstes 1923.

Deutschland war nicht das einzige Land, das von einer katastrophalen Nachkriegsinflation getroffen wurde. Im Gegensatz zu den Westalliierten, die ihre Kriegskosten in weit höherem Ausmaß durch Haushaltsmittel und dementsprechende Steuererhöhungen gedeckt hatten, mussten die Kriegsverlierer, die darauf gesetzt hatten, den Krieg durch eine unkontrollierte Ausweitung von Staatsverschuldung und Geldmenge zu finanzieren und sich die realen Kosten am Ende von der anderen Seite bezahlen zu lassen, nun die Zeche selbst begleichen. Neben der durch Bürgerkrieg und Kriege komplizierteren Situation in Russland<sup>421</sup> betraf dies insbesondere die Nachfolgestaaten der K.-u.-k.-Monarchie: die Republik Österreich und das Königreich Ungarn sowie die aus den Gebieten Deutschlands, Österreich-Ungarns und des Zarenreiches gebildete Polnische Republik. Die Tschechoslowakei, die als ein Nachfolgestaat der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenfalls mit der Kronenwährung in die Nachkriegszeit aufbrach, bietet einen interessanten Kontrastfall. Ihr gelang es, durch eine rigorose Begrenzung des Geldumlaufs (die im Lande befindlichen Kronen wurden abgestempelt) sowie durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen eine Nachkriegsinflation größeren Ausmaßes zu verhindern.<sup>422</sup> Dies blieb jedoch eine Ausnahme.

Während in Deutschland die Inflation im November 1923 ihren Höhepunkt mit 1 Billion Papiermark im Vergleich zur Goldmark der Vorkriegszeit erreichte, bezifferten sich die entsprechenden Steigerungsraten – jeweils in Relation zu einer Währungseinheit der Vorkriegszeit – in Polen im Oktober 1923 auf 1,8 Millionen polnische Mark, in Österreich im August 1922 auf 14.400 Papierkronen sowie in Ungarn im Juli 1923 auf 14.500 Papierkronen.<sup>423</sup>

In dem bei Ende des Krieges neu entstandenen Deutsch-Österreich kam zunächst die wirtschaftliche Tätigkeit weitgehend zum Erliegen. Der zuvor einheitliche Markt der K.-u.-k.-Monarchie war durch die Bildung der Nachfolgestaaten zerstört und der Rumpfstaat von seinen



Die Papiermark verkommt bis Ende 1923 wortwörtlich zum Spielgeld.



# ZUSPITZUNG: AUF DEM WEG IN DIE DIKTATUR

**B**ERLIN, 12. August 1923. Wie allgemein erwartet, erhielt nach dem Rücktritt Cunos der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei DVP, Gustav Stresemann, von Reichspräsident Ebert den Auftrag zur Kabinettsbildung. Bereits am 14. August stand die Ministerliste der neuen Koalitionsregierung aus vier Parteien fest.

Nach dem Zusammenbruch der Regierung Cuno, die als »Fachkabinett« vergeblich versucht hatte, möglichst unabhängig von Reichstag und Parteien zu agieren, hatte eine Große Koalition aus den bürgerlichen Mittelparteien Zentrum, DVP, DDP sowie der SPD im Parlament eine sichere Mehrheit. In Preußen regierte eine solche Koalition bereits seit Ende 1921. Dass Stresemann als betont »nationaler« Mann, gleichzeitig aber auch mit taktischem Geschick und Flexibilität ausgestattet, die ideale Besetzung für den Kanzlerposten in dieser schwierigen Situation war, darüber herrschte im Spätsommer 1923 weitgehend Konsens.

Gustav Stresemann war zu diesem Zeitpunkt 45 Jahre alt. Sein Lebensweg war die Erfolgsgeschichte eines rasanten und durch starken Ehrgeiz gesteuerten gesellschaftlichen Aufstiegs: Der Sohn eines Berliner Gastwirts und Bierhändlers hatte 1901 das Studium der Nationalökonomie mit einer Dissertation über »Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts« abgeschlossen – womit er seinen späteren politischen Gegnern das Stichwort lieferte, um immer wieder auf seinen kleinbürgerlichen Hintergrund hinzuweisen. Stresemann hatte sich beruflich als industrieller Verbandsfunktionär engagiert und wurde 1902, mit 30 Jahren, Syndikus des maßgeblich auf seine Initiative gegründeten Verbands Sächsischer Industrieller; eine Position, die er bis 1919 behielt und die die Grundlage für einflussreiche Tätigkeiten in anderen Wirtschaftsverbänden schuf. Daneben begann er eine politische Karriere in der nationalliberalen Partei, für die er seit 1907 bis zu seinem Tod 1929 (mit einer Unterbrechung zwischen 1912 und 1914) im Reichstag saß. 1917 wurde er Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Auch auf sein Betreiben

hin bildeten diejenigen Nationalliberalen, die sich nach dem Zusammenbruch am Ende des Weltkriegs nicht der neu gegründeten linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei DDP anschließen wollten, meist Angehörige des rechten Flügels, im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei, deren Vorsitzender Stresemann wurde. 1920 folgte die Wahl zum Vorsitzenden der bei den Reichstagswahlen erheblich vergrößerten DVP-Fraktion.

Stresemann war eine Persönlichkeit des Übergangs. Als führender Politiker der Weimarer Republik, der 1923 maßgeblich den politisch-ökonomischen Stabilisierungsprozess einleiten sollte, war er eindeutig im Kaiserreich verwurzelt. Dies galt zum einen für die äußerst erfolgreiche Karriere des Verbands- und Parteipolitikers und seine politischen Grundorientierungen, die er auch nach 1918 beibehielt: seine hohe Wertschätzung der Monarchie und seine enge Verbindung zum Kronprinzen, seine Befürwortung einer deutschen Großmachtpolitik, aber auch seine immer auf Systemstabilisierung und Stärkung der nationalen »Volksgemeinschaft« orientierte Reformfreudigkeit. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Stresemann – bei scharfer Ablehnung aller sozialistischen Bestrebungen – für eine Anerkennung und begrenzte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, für Tarifverträge und für eine Politik der Streikvermeidung eingesetzt. Er war der Architekt der 1911 geschaffenen Angestelltenversicherung.

Aber auch der Privatmensch Stresemann war in seinem Habitus vom Kaiserreich geprägt: Durch seinen gelungenen Aufstieg ins wilhelminische Bürgertum, verbunden mit der Einheirat in eine vermögende (ursprünglich jüdische, dann zum Protestantismus konvertierte) Familie, der Ansammlung eines nicht unbeträchtlichen Vermögens sowie durch glanzvolle repräsentative Auftritte und seine diversen kulturellen Ambitionen, die ihn als kultivierten Bildungsbürger ausweisen sollten. Man könnte auch den nach ihm benannten Anzug als Symbol dieses pragmatisch bewältigten Übergangs sehen: Also die Vereinfachung des traditionell bei offiziellen Anlässen üblichen Cutaways, indem der unbequeme Gehrock fortfiel und man zu den gestreiften grauen Hosen ein kürzeres Jackett trug – was dem Träger des »Stresemann« mehrfaches Umziehen im Laufe eines Arbeitstages ersparte.

Bei aller Skepsis gegenüber einem demokratischen-egalitären Wahlrecht<sup>573</sup> und einem Hang zu autoritären Lösungen war Stresemann ein leidenschaftlicher Parlamentarier, der in der Volksvertretung sowohl die Konfrontation suchte, aber gleichzeitig auch bereit zum Kompromiss mit den anderen Fraktionen war. Der Parlamentarier Stresemann begrüßte

demnach – trotz aller prinzipiellen Vorbehalte gegen die Republik – die Ausweitung der Parlamentsrechte unter der neuen Verfassung, und er verstand sie zu nutzen, nicht zuletzt mithilfe seiner exzeptionellen rhetorischen Fähigkeiten. In seinem politischen Wirken zeichnete sich der Hoffnungsträger durch großes taktisches Geschick, Pragmatismus und Flexibilität aus, eine – zuweilen opportunistische – Wandlungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft an die bestehenden Verhältnisse, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass er nach wie vor politischen und persönlichen Wertvorstellungen der Vorkriegszeit verhaftet war. Sein Leben scheint demnach weniger durch die große Läuterung vom Imperialisten und Monarchisten zum »Vernunftrepublikaner« und schließlich zum Demokraten und Verständigungspolitiker bestimmt worden zu sein, wie die ältere Forschung herausstellte, sondern eher durch Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten.<sup>574</sup>

Nicht unerheblich ist, dass Stresemanns Leben zunehmend von einer schwachen Gesundheit beeinflusst wurde: Er war herz- und nierenkrank und litt unter einer Schilddrüsenfehlfunktion (Basedow), sodass zu körperlichen Beschwerden »Nervosität, Reizbarkeit, Konzentrationsschwächen und nicht zuletzt erhebliche depressive Schübe«<sup>575</sup> traten, also Symptome, die Auswirkungen auf sein Auftreten und sein alltägliches politisches Handeln hatten und ihn immer wieder dazu zwangen, kürzere und längere Auszeiten zu nehmen. Rückschläge, gegen die er mit Selbstdisziplin, zur Schau gestelltem Optimismus und gesteigertem Arbeitstempo ankämpfte – alles in dem Bewusstsein, keine hohe Lebenserwartung zu haben.

Der neue Reichskanzler hatte es im August geschafft, die Idee, die er seit 1920 verfolgte, zu verwirklichen: ein Kabinett aus bürgerlichen Parteien und der SPD zu bilden.<sup>576</sup> Beim Entschluss zur Koalitionsbildung musste sich allerdings die Mehrheit der SPD-Fraktion gegen eine starke linke Minderheit durchsetzen, die von der Fusion mit der USPD im September 1922 gestärkt worden war. Auf der anderen Seite herrschte beim rechten Flügel der DVP-Fraktion Skepsis gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Es sollte sich alsbald zeigen, dass das Gewicht dieses Teils der Fraktion sich erhöhte, nachdem Stresemann den Vorsitz wegen seiner neuen Verpflichtungen aufgegeben hatte. Bei der Vertrauensabstimmung für den Kanzler am 14. August stimmten zwei Abgeordnete der SPD mit Nein, aber 41 sowie zwölf der DVP blieben der Abstimmung fern.<sup>577</sup>

Die Zusammensetzung der neuen Regierung sah wie folgt aus: Stresemann war als Reichskanzler zugleich sein eigener Außenminister. Neben



Monarchist mit Näheverhältnis zur extremen Rechten: der bayerische Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr.



Sah sich mit der größten Krise in der Geschichte der Republik konfrontiert: Reichskanzler Gustav Stresemann.



Straßenkontrollen in der Zeit der Arbeiterunruhen in Hamburg.

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

wenn Sie die Lektüre dieses Buches interessant und aufschlussreich fanden, freuen wir uns über Ihre Weiterempfehlung.

Sollten Sie an weiteren Informationen zum Thema interessiert sein oder mit Peter Longerich in Kontakt treten wollen, freuen wir uns auf Ihre Zuschriften unter [leserstimme@styriabooks.at](mailto:leserstimme@styriabooks.at)

Inspiration, Geschenkideen und gute Geschichten finden Sie auf [www.styriabooks.at](http://www.styriabooks.at)

STYRIA  
BUCHVERLAGE

---

© 2022 by Molden Verlag  
in der Verlagsgruppe Styria GmbH & Co KG  
Wien – Graz  
Alle Rechte vorbehalten.  
ISBN 978-3-222-15102-6

Bücher aus der Verlagsgruppe Styria gibt es  
in jeder Buchhandlung und im Online-Shop  
[www.styriabooks.at](http://www.styriabooks.at)

Projektleitung: Stefan Schlögl  
Lektorat: Palma Müller-Scherf  
Korrektur: Teresa Profanter  
Umschlaggestaltung: Büro Perndl  
Herstellungsleitung: Maria Schuster  
Layout und Produktion: Burghard List  
Druck und Bindung: GGP Media  
Printed in the EU

7 6 5 4 3 2 1







# »Nichts hat das deutsche Volk so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation.«

Stefan Zweig

Hyperinflation, Staatsversagen, Hitler-Putsch: Ohnmächtig, so scheint es, wankt die junge Republik Richtung Abgrund. Ausgelöst von der Ruhrkrise drohen Bürgerkrieg und Diktatur. Die Masse der Bevölkerung stürzt ins Elend, während sich Inflationsgewinnler hemmungslosen Vergnügungen hingeben.

Deutschland 1923: Das ist nicht zuletzt die Geschichte eines Vertrauensverlusts, die in manchem fatal an die Gegenwart erinnert.

Kenntnisreich und gestützt auf umfangreiche Recherchen erhellt der Historiker und Bestsellerautor Peter Longerich die Chronologie eines Schicksalsjahrs. Dabei seziert er nicht nur Ursachen, sondern auch die Folgen – bis hin zum Aufstieg des Nationalsozialismus.

